

Freies Spiel der Kräfte oder geordnete Reformen?

Bei der Fachtagung „GKV 2000“ herrschte Einigkeit darüber, daß ambulante und stationäre medizinische Versorgung besser verzahnt werden müssen. Doch der richtige Weg dorthin ist höchst umstritten.

von **Edith Meier**

Die Frage, wie die Kooperation zwischen dem ambulanten und stationären Versorgungssektor zu verbessern sei, stand im Mittelpunkt der Diskussion der Arbeitsgruppe 2 „Verzahnung ambulant/stationär“ bei der Fachtagung „GKV 2000“ kürzlich in Düsseldorf. Alle Referenten waren sich darin einig, daß eine Verbesserung auf diesem Felde anzustreben sei. Über die Frage des einzuschlagenden Weges hingegen herrschte Dissens, vor allem im Hinblick auf die Position des Vertreters des Landesgesundheitsministeriums, Dr. Hans Sandler. Er verfocht eine institutionelle Öffnung der Krankenhäuser für die fachärztliche ambulante Versorgung.

Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, sah über eine intensiviertere informationelle Verzahnung hinaus nur auf der personalen Ebene Ansätze einer zu verbesserten arbeitsteiligen Kooperation zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor. Die niedergelassene Ärzteschaft befürwortet in diesem Zusammenhang die Ermächtigung von qualifizierten Krankenhausärzten zur ambulanten Erbringung hochspezialisierter Leistungen dort, wo eine qualitätsgesicherte Sicherstellung durch niedergelassene Ärzte nicht gewährleistet werden könne. Entschieden hob Schorre hinsichtlich einer institutionellen Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante fachärztliche Versorgung die Bedenken hervor, wonach neben einer zwangsläufig eintretenden Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der niedergelassenen Gebietsärzte eine wohnortnahe und flächendeckende ambulante

Versorgung nicht zu gewährleisten sei. Ähnlich äußerte sich Dieter R. Adam für den Hausärzterverband.

Sandler verteidigte die Notwendigkeit der erhobenen Forderung einer institutionellen Öffnung mit den fehlenden Möglichkeiten, „die Beteiligten so in Bewegung zu setzen, daß die integrierte Versorgung auf kürzestem Wege, mit geringstem Aufwand und den geringsten Eingriffen funktioniert“. Neu im Ansatz der SPD sei der Gedanke, daß erst ein Wettbewerb zwischen den Beteiligten die bisherige starre Haltung der durch Eigeninteressen abgeschotteten Bereiche auflösen könne. Bisher hätten existierende Möglichkeiten personaler und informationeller Verzahnung nicht hinreichend Wirkung gezeigt. Diese sei erst zu erwarten vor dem Hintergrund institutionalisierter Formen der Kooperation. Diesen nach Sandler Worten explizit patientenbezogenen Ansatz zu erproben, sei „Teil der Suche nach einem besseren System“. Im Ergebnis werde „die bessere Seite sich durchsetzen“.

Der KV-Vorsitzende warnte dagegen entschieden vor den Folgen eines derartigen Wettbewerbs, bei dem letztlich der Patient auf der Strecke bleibe. Die niedergelassene Ärzteschaft habe – nicht zuletzt aufgrund von Anstößen aus der Politik – die Notwendigkeit einer Optimierung der ambulanten Versorgung z.B. durch die Neugestaltung des ärztlichen Notfall- und Bereitschaftsdienstes wie auch durch die Schaffung neuer Strukturen u.a. im Bereich der ambulanten Rehabilitation erkannt und entsprechend reagiert. Aufgabe der Politik könne nicht sein, Interessen gegeneinander

aufzubringen. Sie solle sich vielmehr an einer Lösung beteiligen, die Ruhe und Sicherheit in eine Szene bringe, in der mittlerweile jeder gegen jeden antrete, und in der sich die Beteiligten der gemeinsamen Selbstverwaltung inzwischen weniger als Partner, sondern zunehmend als Konkurrenten definierten.

Allen vorgebrachten inhaltlichen Einwänden gegen die von der SPD favorisierte institutionelle Öffnung der Krankenhäuser konnte der Vertreter des Ministeriums letztlich nur mit einer Wiederholung der Aussage begegnen, daß die Offensive der Politik erst die Bereitschaft gefördert habe, über eine Optimierung der Versorgung nachzudenken.

„Wir haben uns einen anderen Wettbewerb vorgestellt. Hier findet eine Pervertierung des Wettbewerbs statt.“



NRW-Gesundheitsstaatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender bei der Fachtagung „GKV 2000“ am 7. März in Düsseldorf im Hinblick auf den Wettbewerb der Krankenkassen.

Foto: MAGS